

SPD fordert alternative Energiequellen Abordnung der Löhner Sozialdemokraten besuchte die Lemgoer Stadtwerke

Löhne (nw). Die Löhner Sozialdemokraten setzen sich für eine nachhaltige Energiepolitik ein. „Energie muss bezahlbar bleiben, darf aber nicht auf Kosten der Umwelt produziert werden“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Alternative Energiequellen sollten nach Meinung der SPD in Löhne gefördert werden. Als positives Beispiel führt die SPD die Stadt Lemgo an. Die dortigen Stadtwerke haben eine Photovoltaikanlage. Hier war die Löhner SPD in der vergangenen Woche zu Besuch. Die Handballstadt ist im hiesigen Raum auch vorbildlich für eine nachhaltige Energiepolitik. Vertreter der Stadtwerke informierten die Besucher aus Löhne über ihr Klimaschutzkonzept. In den Lemgoer Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wird umweltschonendes Erdgas in Strom und Fernwärme umgewandelt. Aber auch Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind Energielieferanten. Mit dieser umweltfreundlichen Art der Stromerzeugung wird genauso viel CO₂ eingespart, wie der Lemgoer Straßenverkehr ausstößt. Lemgo-Strom kommt zu 100 % aus der Kraft-Wärme-Kopplung und aus erneuerbaren Energien. Auch Fernwärme, Gas und Trinkwasser können in Lemgo angeboten werden. Kompetente Beratungs- und Serviceleistungen und ein vorbildliches Stadtbussystem komplettieren das Angebot der Stadtwerke. Vertriebsleiter Wilhelm Busse legt großen Wert auf die Feststellung, dass die Mehrheit der Stadtwerke Lemgo immer in der Hand der Kommune geblieben ist.



Besuch im Lipperland: Die Abordnung der Löhner Sozialdemokraten mit den Gastgebern Wilhelm Busse (3. v. r.) und Harald Vetter (r.) bei den Lemgoer Stadtwerken.

FOTO:SPD

„Genauso wie es in vielen Städten und Gemeinden ein Fehler war ihre Anteile am EMR zu verkaufen, wäre es bei uns ein Fehler, die Stadtwerke trotz lukrativer Angebote zu verkaufen.“ Die Stadtwerke bieten 186 Arbeitsplätze. Löhnes Bürgermeisterkandidat Heinz-Dieter Held sprach sich für eine Rekommunalisierung der Energieanbieter aus: „Wir müssen bei der Energiepolitik wieder die Fäden in der Hand haben.“ Damit folgt er dem Zukunftsprogramm der Löhner SPD, die neidisch auf die Verhältnisse in Lemgo blickt.

Auf der Suche nach der Zukunft SPD und Freundeskreis Ulenburg erörterten Nutzungs- und Fördermöglichkeiten

VON DIRK WINDMÖLLER

Löhne. Auch wenn Mitglieder des Freundeskreises Ulenburg und SPD-Politiker im Schlosspark saßen. Auf einen Märchenprinzen, der mit Millionen für die Zukunft der Ulenburg um sich schmeißt, würden sie vergeblich warten. Da sind die Löhner doch deutlich pragmatischer: Sie ließen sich Tipps von zwei SPD-Landtagsabgeordneten in Sachen Fördermöglichkeiten für das Schloss geben.

Gerd Pühmeier, Vorsitzender des Freundeskreises, erläuterte mit den Abgeordneten Karl-Heinz Haseloh und Inge Howe die Situation: Der Freundeskreis und mit ihm wohl ganz Löhne möchte die Ulenburg öffentlich nutzbar machen. Ein Teil des Schlosses könnte von den ehemaligen Betreibern der Musikburg Sternberg genutzt werden. Darüber verhandelt der Wittekindshof als Eigentümer. Er würde jedoch am liebsten das ganze Schloss verkaufen.

Der Knackpunkt für die Zukunft des Schlosses ist die Nutzung. „Warum sollen wir hier nicht ein Küchenmuseum ansiedeln“, schlug Gerd Pühmeier vor. Für ein solches Museum sei Löhne als Weltstadt der Küchen geradezu prädestiniert.



Vorn Schloss: Christina Nesenhöner, Günter Willich, Heinz Dieter Held, Karl-Heinz Haseloh, Peter Bernard, Brigitte Horn, Egon Schewe, Günter Rost, Hasso Horn, Inge Howe und Bernd Bentrup (v.l.). 1070 1071

„Das Land ist eine der ersten Adressen, wenn es um den Erhalt einer solchen schätzenswerten Anlage wie der Ulenburg geht“, sagte der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe.

Karl-Heinz Haseloh kennt die Ulenburg gut. „Ich bin seit zehn Jahren Mitglied im Kuratorium des Wittekindshofs.“ Haseloh betonte, dass man gegenüber dem Land deutlich machen müsse, dass die Zukunft der Ulenburg ein Herzensthema in Löhne ist. „Es ist gut, dass alle Parteien dahinter stehen. Damit hat man schon mal einen guten Einstieg in Düsseldorf.“

„Bei einer Förderung sind Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit die entscheidenden Kriterien“, so Haseloh. Dabei müsse man sich klar sein, dass das Land, wenn es gut läuft, Investitionen fördert. „Langfristige Unterstützung ist eher unwahrscheinlich.“ Als Förderpartner sei die NRW-Stiftung eine gute Adresse. Über die Fördermöglichkeiten könne die Bezirksregierung umfassend informieren.

Inge Howe regte an: „Es wäre ein guter Ansatz, wenn der Wittekindshof sich beteiligen würde.“ Gerade mit Blick auf die Einrichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte gebe es gute Fördermöglichkeiten.“ Diesen Vorschlag will die SPD aufgreifen und mit dem Wittekindshof Kontakt aufnehmen. Haseloh abschließend: „Wir können ein positives Klima für Eure Sache herstellen. Wenn wir in einem Jahr soweit sind, dass der Minister einen Haken drunter macht, dann wäre viel erreicht.“

**SPD wirft Quernheim Rechtsbruch vor
Antwort des Bürgermeisters: „Bin mir weder moralisch noch rechtlich
irgendeiner Schuld bewusst“**

VON JÜRGEN NIERSTE

Löhne. „Der Verkauf des Sport- und Brückenhauses einschließlich eines Jugendraums des SV Löhne-Obernbeck war rechtswidrig.“ Diesen Standpunkt nimmt die SPD zu dem Anfang des Jahres kontrovers diskutierten Thema ein. „In den zurückliegenden Wochen haben wir die Angelegenheit von zwei Kanzleien prüfen lassen. Beide kommen zu der gleichen Einschätzung – Bürgermeister Kurt Quernheim hat Rechtsbruch begangen“, sagt SPD-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Böhm.

„Der Bürgermeister hatte ausschließlich einen Beschluss auszuführen, der den Verkauf einer Wohnung von 100 Quadratmetern Größe vorsah“, so Böhm. Der Verkauf des SVLO-Jugendraumes sei eindeutig nicht Bestandteil des entsprechenden Ratsbeschlusses gewesen. Alle weiteren Informationen, E-Mails oder Gespräche, die im Anschluss vom Bürgermeister oder seinen Mitarbeitern vorgelegt bzw. geführt wurden, seien „nachrangig und haben mit dem eigentlichen Rechtsvorgang nichts zu tun“, so die SPD.

Obwohl die von der Partei bestellten Gutachten den „Rechtsbruch“ des Bürgermeisters einhellig bestätigen, will die SPD es dabei belassen und keine weiteren Schritte einleiten. Böhm: „Wir werden von einer Dienstaufsichtsbeschwerde absehen.“

Als Begründung führte er mehrere Punkte an: „Im Sinne des SV Löhne-Obernbeck sollte nicht noch weiter zu diesem Thema gehandelt werden. Außerdem möchten wir nicht, dass weitere Verwaltungsmitarbeiter, die aus Unkenntnis gehandelt haben, in das Verfahren hinein gezogen werden. Und letztlich endet die Amtszeit des Bürgermeisters bereits am 31. Juli. Ein rechtliches Verfahren würde sich deutlich länger hinziehen.“

Böhm merkt auch an: „Die SPD empfindet das Vorgehen des Bürgermeisters, der ja auch Vorsitzender des SVLO ist, nicht nur als Rechtsbruch, sondern als sehr selbstherrlich.“ Die SPD bedauere, dass der Bürgermeister nicht die Größe habe und zugebe, dass ihm ein Fehler unterlaufen sei. Böhm: „Wir räumen jedoch ein, dass wohl kein finanzieller Schaden entstanden ist.“ Auch das sei mit ein Grund für die SPD, von rechtlichen Schritten abzusehen.

Bürgermeister Kurt Quernheim sieht die Angelegenheit gänzlich anders: „Es ist der Stadt nicht nur kein finanzieller Schaden entstanden – im Gegenteil, dieser Verkauf hat viele öffentliche Gelder gespart.“ Zum Vorwurf der SPD, er habe Rechtsbruch begangen, sagt Quernheim: „Ich habe mir überhaupt nichts vorzuwerfen. Ich bin mir weder moralisch noch rechtlich irgendeiner Schuld bewusst.“ Einer möglichen Dienstaufsichtsbeschwerde sehe er gelassen entgegen, so der Bürgermeister.

Unabhängig von einer möglichen juristischen Verfehlung Quernheims sieht die SPD die Frage eines neuen Jugendraums für den SV Löhne-Obernbeck. Böhm: „Wir stehen auf Seiten des Vereins und werden einem Neubau zustimmen.“



DER GASTKOMMENTAR

Verzögerung bei der Rathaussanierung

„Die SPD hätte längst gehandelt“

VON WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTION

Nun ist der Haushalt mit den Stimmen der SPD verabschiedet, auch das Konjunkturprogramm kann damit für die Stadt Löhne auf den Weg gebracht werden. Für die SPD liegt hier der Schwerpunkt klar auf der Sanierung der Schulen und Sporthallen.

Doch die SPD hat an ihre Zustimmung Bedingungen geknüpft, wie die Rücknahme der erneuten Kürzungen im Kulturretat, die ein Kulturprogramm an der Ulenburg hätten platzen lassen. Die SPD hat mit ihrem Antrag, der auch beschlossen wurde, auf Sicherung der Zuschüsse an Vereine aus den Ausschüttungen der Sparkasse sicher gestellt, dass die Vereine durch die neue Praxis der Sparkasse, die Ausschüttungen nicht in Spendenform an die Kommunen weiter zu reichen, keines falls schlechter gestellt werden.

So können auch die Sportvereine mit den verabredeten Mitteln rechnen. Das war ein schwerer Weg, zu sehr lockte es die Verwaltung, die Mittel zur Gänze im Haushalt zu verplanen. Doch die SPD hat aufgepasst. Sie hat dieses auch bei der Rathaussanierung getan. Millionensummen schwirren im Raum, die Vorzeigefassade des Bürgermeisters scheint nun aber nicht mehr mehrheitsfähig zu sein.

Neu ist aber, dass Bürgermeister und CDU nicht mehr Farbe bekennen wollen. Nach unendlich vielen Sitzungen und Presseartikeln, dazu Gutachter und Referenten auf Kosten der Stadt zu immer neuen Aspekten ist die neue Tendenz: Macht der Rat nach der Kommunalwahl.

Was ist wohl der Hintergrund dieses Taktierens? Eine Entscheidung hat der Bürgermeister zum Rathaus nicht herbeigeführt, die SPD war bereit. Das ist sie auch heute noch, auf Antrag der SPD wird auch die Variante für eine Obergrenze von 2 Millionen Euro vorgestellt. Mit diesem Geld, und das hat die SPD rechnen lassen, kann das gemacht werden, was notwendig ist. Immerhin, die von der SPD beantragten 300 000 Euro für Sofortmaßnahmen waren schon einmal mehrheitsfähig. Brandschutz und Fahrstuhl werden dafür realisiert. Aber auch das brauchte Monate.

Und das nicht, weil die SPD das so wollte, sondern weil der Bürgermeister mit seiner Verwaltung und CDU den Weg zum Bau nur komplett gehen möchte. Fatal, was sind doch den Bürgern durch den Bürgermeister für Szenarien schrecklichster Art gemalt worden. Nun, alles nicht so schlimm, machen wir später. Mit der SPD wäre jetzt schon gehandelt worden!

Sozial und vernünftig Löhner SPD legt Grundsätze für Kommunalwahl fest



Löhne (nw/trau). Ihre Kandidaten hat sie vor Wochen bereits präsentiert, jetzt hat die Löhner SPD sich auf zwei Hauptziele im Wahlkampf 2009 verständigt: eine soziale Stadt und Wirtschaftskraft mit finanzieller Vernunft.

26 Kandidaten treten für die SPD bei der Kommunalwahl in Stadt und Kreis an. Sie einigten sich mit Bürgermeisterkandidat Heinz-Dieter Held über das Programm. „Wir wollen Löhne wieder zu einer Stadt machen, die sich durch Familienfreundlichkeit und nachhaltige Orientierung auf die Zukunft auszeichnet“, sagt Held.

Solch ein Modell könne aber nur gelingen, wenn man die soziale und ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Kraft und finanzieller Vernunft vereinbare. „Das ist das Beste für unsere Stadt“, so Held.

Bis 2004 habe die SPD über Jahrzehnte hinweg die Lebensqualität in Löhne erfolgreich geprägt. Ein im Kreis beispielloses Netz sozialer, sportlicher, kultureller und Bildungseinrichtungen sei geschaffen worden. „In den vergangenen fünf Jahren haben aber der Bürgermeister und die ihn tragenden Parteien dieses Netz zerschnitten und verfallen lassen“, kritisiert Fraktionschef Wolfgang Böhm. So sei verpasst worden, Brücken in die Zukunft zu bauen. Ab 2009 folgten Jahre, in denen das Versäumte aufgearbeitet werden müsse. „Die SPD will an Erfolge der Vergangenheit anknüpfen und die Menschen hier in eine sozial gestaltete Zukunft begleiten.“

Dabei stellten sich jedoch neue Herausforderungen durch den demografischen Wandel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und durch die gestiegenen Anforderungen der Bürger an die politische Handlungsfähigkeit. Hinzu kommen laut Böhm eine Reihe von hausgemachten Problemen wie die vergleichsweise stark sinkende Einwohnerzahl in Löhne, die vom Bürgermeister versprochene aber ausgebliebene Ansiedlung neuer Unternehmen und das Einbrechen der Gewerbesteuer.

„Diese politischen Fehlsteuerungen in Löhne verringerten in den letzten Jahren die Handlungsmöglichkeiten der Stadt, die der Bürgermeister und seine Mehrheit durch finanzielle Einschnitte vergeblich zu lösen versuchten“, sagt Böhm. Diese, auch finanziell unsinnigen, Kürzungen hätten vor allem die sozial-kulturellen und sportlichen Leistungen betroffen.

Um die Herausforderungen meistern zu können, seien politische Erfahrung und neue Konzepte gefordert. Die SPD verfüge über beides. Vizebürgermeister Egon Schewe räumt ein: „Diese Ziele sind nicht im Rathaus allein zu erreichen. Denn die Stadt lebt von den Ideen und vom Einsatz der Menschen.“

Die SPD, ihr Bürgermeisterkandidat und die künftigen Ratsmitglieder aus den Ortsteilen brauchten den Dialog. Deshalb werbe man um Gespräche über die Zukunft der Stadt und freue sich auf Vorschläge.

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 25. März 2009
DER GASTKOMMENTAR
„Mehrheiten muss man erarbeiten“
HEINZ-DIETER HELD, BÜRGERMEISTERKANDIDAT DER SPD



Zur Politik gehören klare Grundsätze und gutes Handwerk. Zum guten Handwerk eines Bürgermeisters gehört Kommunikation, um mit anderen Mitgliedern des Rates Mehrheiten für Entscheidungen zum Wohle der Stadt zu erreichen. Das gilt auch (und vor allem) bei der Verabschiedung des jährlichen Haushaltsplanes.

Der Haushaltsplan 2009 für die Stadt Löhne wurde am 10. Dezember 2008 dem Rat vorgestellt. Geplant war, ihn in der Sitzung am 4. Februar 2009 zu verabschieden. In dieser Sitzung haben die Fraktionen ihre Meinungen zum Planentwurf eingebracht. Aus den Beiträgen der Fraktionsvorsitzenden der SPD, der LBA und der BuLL war für jeden zu erkennen, dass der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht die Zustimmung dieser Fraktionen erhalten würde. Obendrein hat es Bürgermeister Quernheim in der Sitzung nicht unterlassen, in seiner bekannt selbstherrlichen Art, sich in diffamierender Art über Mitglieder der SPD zu äußern.

So kam es, wie es kommen musste: In der Ratssitzung am 4. März haben SPD, LBA und BuLL ihre Zustimmung zum Haushalt versagt. Insofern kann weder für den Bürgermeister noch für die ihn tragenden Fraktionen von CDU und FDP die Überraschung darüber groß gewesen sein. Nun beklagen sich CDU und FDP darüber, dass es in Löhne noch immer keinen gültigen Haushaltsplan gibt. Uwe Neuhaus von der FDP hat offenbar noch nicht einmal gemerkt, dass der Gesamtwirtschaftsplan der WBL in der letzten Ratssitzung das positive Votum erhalten hat, denn er verweist in seinem Gastkommentar vom 11. März auf diesen seiner Meinung nach noch nicht verabschiedeten Plan.

Nun ist es in einer Demokratie so, dass Mehrheiten entscheiden. Und wenn man für eine Sache keine Mehrheit hat, dann muss man wenigstens versuchen, sich diese zu erarbeiten. Diese Aufgabe obliegt eindeutig dem Bürgermeister und den ihn tragenden Fraktionen. Zeit genug für solche Gespräche war da. Aber weder der Bürgermeister noch CDU haben es für nötig befunden, die SPD als größte Fraktion im Rat zu einem Gespräch über den Haushalt zu bitten. Ob es dabei zu einer Annäherung der Positionen gekommen wäre, bleibt dahingestellt. Aber wenigstens den Versuch hätte man unternehmen müssen.

Offenbar glauben Bürgermeister Quernheim und die CDU, dass sich die Dinge von selbst regeln. Aber das ist schief gegangen, wie man in der letzten Ratssitzung gesehen hat. Mit Vorwürfen gegen die SPD wegen der bisher ablehnenden Haltung will die CDU von ihren eigenen Unzulänglichkeiten und der Unkenntnis über das notwendige politische Handwerk ablenken. Das wird aber nicht gelingen.

Noch mal: Mehrheiten muss man sich erarbeiten, in dem man auf den politisch Handelnden zugeht. Beschimpfungen sind kein probates Mittel.

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Donnerstag 19. März 2009

SPD tritt für Ulenburger Sommertheater ein „Willkürliche Kürzung des Kulturetats“ bemängelt

VON DANIEL FREESE



Mitglieder der SPD-Fraktion: Martin Lorenz, Anil Schirli, Wolfgang Böhm (Vorsitzender), Karl-Heinz Bernsmeier (Vors. Kulturausschuss), Brigitte Förster, Heinz-Dieter Held (Bürgermeisterkandidat), Egon Schewe (SPD-Stadtverbandsvorsitzender), Stephan Klute mit Tochter.
FOTO: DANIEL FREESE

Löhne. „Bei der Rathaussanierung wird mit Millionen Euro geklotzt. Aber im Bereich Kultur wird vom Bürgermeister bestenfalls gekleckert.“ So kommentierte Wolfgang Böhm, Fraktionsvorsitzender der SPD im Löhner Rat, die Kürzung der städtischen Kulturausgaben um mehr als zehn Prozent. Unter anderem soll den geplanten Sparmaßnahmen die Sommertheaterreihe an der Ulenburg zum Opfer fallen. In einer Pressemitteilung wenden sich Böhm und weitere führende Löhner Sozialdemokraten nachdrücklich gegen diesen Einschnitt.

„Es handelt sich bei den Einsparungen um 7.500 Euro. Diese Summe zu streichen ist wie mit Eierlöffeln gegen eine Sturmflut anzuschöpfen“, so SPD-Stadtverbandsvorsitzender Egon Schewe. Es handle sich um einen vergleichsweise kleinen Betrag, der aber besonders große Wirkung habe. Diese Meinung vertritt auch SPD-Bürgermeisterkandidat Heinz-Dieter Held: „Das Sommertheater an der Ulenburg ist von hohem Wert, es ist ein weicher Standortfaktor. Wer die Ulenburg abwertet, mindert damit die Attraktivität der gesamten Stadt und nimmt den Bürgern Lebensqualität.“

Karl-Heinz Bernsmeier, SPD-Ratsmitglied und Vorsitzender des Kulturausschusses, bezeichnet die Kürzung des Kulturetats um volle zehn Prozent als „vollkommen willkürlich“. Eine solche Fehlentscheidung könne nur von jemanden getroffen werden, der nicht um die kulturelle Besonderheit Löhnes im Kreis Herford wisse.

„Einer solchen Einsparlogik muss verantwortungsvolle Politik den Riegel vorschieben“ fordern die Sozialdemokraten. „Besonders für junge Familien muss Löhne attraktiv bleiben. Dafür stehen wir ein“, versichert Egon Schewe. Die SPD werde sich entschieden gegen die unverhältnismäßigen Streichungen stellen.

Wolfgang Böhm verspricht: „Wir werden im Kulturausschuss und wenn nötig auch im Stadtrat einen Antrag für den Erhalt des Ulenburger Sommertheaters stellen. Die Sommertheaterreihe als Stück der kulturellen Identität unserer Stadt muss für die Löhner Bürger erhalten werden.“

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 18. März 2009

„Irreparabler Schaden“

Presseerklärung der SPD zum Thema Städtepartnerschaft mit Spittal

Löhne. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und Bürgermeister Kurt Quernheim über die Städtepartnerschaft mit Spittal bestehen weiter. „Der Bürgermeister, der zusammen mit der CDU die Hand dafür gehoben hat, alle Partnerschaftsaktivitäten in diesem Jahr abzulehnen, hat es angeblich nun doch nicht so gemeint. Doch leider sprechen die Tatsachen gegen ihn“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Böhm in einer Presseerklärung.

Im November 2008 habe dem Bürgermeister die Einladung der Stadt Spittal auf dem Tisch gehabt. Erst im Januar seien die Fraktionsspitzen informiert worden. Den Antrag der SPD, die Absichten der Partnerstadt Spittal umgehend im Rat zu behandeln, habe der Bürgermeister durch Nicht-Aufnahme in die Tagesordnung abgewickelt.

Böhm: „Die SPD lehnt die Vorgehensweise von Herrn Quernheim, einen Antrag der Partnerstadt in Bausch und Bogen so vom Tisch zu fegen, ab.“ Konsequenz sei die CDU der ablehnenden Linie ihres Bürgermeisters gefolgt und habe den SPD-Antrag zur Städtepartnerschaft abgelehnt. Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Der Partnerschaft mit der Stadt Spittal wird eine hohe Bedeutung zugemessen. Dem Wunsch der Stadt Spittal auf Unterstützung zum Salamancafest 2009 wird entsprochen. Die Stadt übernimmt die Kosten für das Stadtmusikkorps, Zuschüsse sind zu beantragen. Eine offizielle Delegation fährt nach Spittal, die Fraktionen sind entsprechend zu informieren. Auch der Wunsch der Stadt Spittal nach Unterstützung durch eine Brauerei wird durch die Verwaltung der Stadt Löhne entsprechend bearbeitet.“

Zur Ablehnung des Antrags merkt Böhm an, die „hohe Bedeutung“, die noch zu den Feierlichkeiten zum 35-jährigen Bestehen der Partnerschaft 2008 betont wurde, sei also nur Worthülse gewesen. Es sei schade, dass die Stadt Löhne mit diesem Beschluss im Rat – gegen die SPD – die bisherige partnerschaftliche Linie verlassen habe. Die SPD-Fraktion werde sich dennoch weiter dafür einsetzen, dass das „Fehlverhalten“ von Bürgermeister und CDU in Zukunft keine weiteren negativen Auswirkungen haben werde.

Böhm weiter: „Es ist auch schlimm, dass ein Orchester zum Spielball persönlicher Interessen wird. Hier wird ehrenamtliche Arbeit gezeigt und der Löhner Bürgermeister ist verstimmt über einen nicht eingehaltenen Termin oder ähnliches. So etwas darf einem Bürgermeister nicht passieren.“ Inzwischen werde nachgebessert, weil sich gezeigt habe, dass es viele Bürgerinnen und Bürger gibt, denen an der Partnerschaft gelegen sei.

Böhm: „Aber irreparabler Schaden ist leider entstanden.“

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Samstag 28. Februar 2009

„Keine Lehren aus dem Urteil gezogen“

SPD fordert Kommunalwahl am 27. September

Löhne (nw). Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Löhne und auch der SPD-Stadtverband Löhne begrüßen den neuen Termin für die Kommunalwahl. In einer Pressemitteilung schreiben sie: „Wir sind erfreut, dass das Verfassungsgericht die Wahltrickserei der CDU/FDP-Landesregierung gestoppt hat.“

Nach der Gerichtsentscheidung dürfen Europa- und Kommunalwahl nicht zusammen durchgeführt werden, was für Anfang Juni geplant war. Gleichzeitig sind die Sozialdemokraten in Löhne entsetzt, dass „aus dem Urteil keine Lehren gezogen worden

sind“. Nun sei ein neuer, diesmal dritter Wahltermin von der Landesregierung „aus dem Hut gezaubert“ worden. Nach Meinung der SPD muss es zentrales Ziel der Politik sein, überschaubare Wahlen durchzuführen und die Kosten so weit wie möglich unten zu halten.

Die SPD fordert: „Die Kommunalwahl muss mit der Bundestagswahl am 27. September zusammengelegt werden.“ Ein zusätzlicher Wahltermin sei den Menschen im Super-Wahljahr 2009 nicht zuzumuten.

Jeder Wahltermin bedeute viel Vorbereitung für die Verwaltung. Allein ehrenamtliche Wahlhelfer zu finden, werde immer schwieriger, ganz abgesehen von den Kosten eines zusätzlichen Urnengangs. Landesweit belaste ein eigener Kommunalwahltermin nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes alle Bürger mit 42 Millionen Euro, so die SPD.

Für den Kreis seien das rund 100.000 Euro, auch finanziert durch die Kommunen, also auch Löhne. Die SPD hofft, dass Bürgermeister Quernheim die genauen berechenbaren Löhner Zahlen in der Ratssitzung offen legt. „Verschwendung von Steuergeld muss vermieden werden“, verlangen die SPD-Politiker. Alles andere sei unsinnig, teuer, und führe zu unnötigen Mehrbelastungen der ehrenamtlichen Helfer.

Bemerkenswert sei, dass CDU und FDP ihre eigene Argumentation vor dem Verfassungsgerichtshof ad absurdum geführt hätten. Sie hätten betont, sie wollten die Kommunalwahl mit einer überregionalen Wahl zusammenlegen, um unnötige Kosten vermeiden.

Neuer Termin für die Kommunalwahl soll derzeit der 30. August sein.

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Freitag 20. Februar 2009

Brückenhaus-Verkauf: SPD fordert Klarheit Presseerklärung der Sozialdemokraten

Löhne. Auf den Leserbrief „Zum Wohl der Jugend entscheiden“ von Matthias Haase (NW von Donnerstag, 19. Februar) erfolgt eine Reaktion der SPD-Ratsfraktion. In einer von Burkhard Schröder unterzeichneten Presseerklärung heißt es: „Da irrt Herr Haase vom SVLO. Um den Verkauf durch die WBL- Immobilien wird kein Wahlkampfgetöse gemacht. Hier geht es um Klarheit und Wahrheit, die wir uns im Rat der Stadt Löhne wünschen, aber vermissen!“

In der Beschlussvorlage im WBL-Ausschuss sei lediglich vom Verkauf eines „Wohnhauses mit 100 Quadratmetern Wohnfläche an der Schützenstraße“ die Rede gewesen, jedoch kein Wort über den Jugendraum. Für die SPD stelle sich die Frage: „ Wenn ich einen Jugendraum verkaufe und vier Wochen später einen Antrag über einen Zuschuss für einen Neubau stelle, so fragen wir uns, ob dieser Wunsch nicht im Vorfeld bekannt war.“ Auch hier solle der Bürgermeister, der dazu noch Vorsitzender des betroffenen Vereins sei, im Vorfeld für Klarheit sorgen, fordert Schröder.

Als Bürgermeister und Vereinsvorsitzender sei es „sicherlich schwierig, Vereins- und Stadtinteressen zu trennen“, unterstellt der SPD-Ratsherr. Auch Kurt Quernheim habe in der Vergangenheit im Rat Andersdenkende als Lobbyisten bezeichnet, wenn sie als Betroffene gegen eine Verwaltungsvorlage stimmten. Schröder: „Hier sollte ein Bürgermeister für Ausgleich und Zusammenführung unterschiedlicher Meinungen sorgen, statt ständig unter dem Tagesordnungspunkt ‚Mitteilungen der Verwaltung‘ zum Rundumschlag auszuholen und die andersdenkenden Fraktionen zu beschimpfen!“

Schröder versichert, die SPD habe keinerlei Vorbehalte gegen den SV Löhne-Obernbeck: „Wir erkennen die Leistungen des Vereins, gerade im Jugendbereich, voll an. Wir sind aber über den Ablauf des Verkaufs sehr verärgert und wünschen uns im Vorfeld Wahrheit und Klarheit.“

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 18. Februar 2009

DER GASTKOMMENTAR
Kultur und Streitkultur in Löhne
„Für ein kultivierteres Miteinander“



KARL-HEINZ BERNSMEIER,
SPD-RATSMITGLIED

Kultur ist so vielschichtig wie wir Menschen unterschiedlich sind. Deshalb erlebt man Kultur in der Stadt Löhne auch so unterschiedlich.

Da gibt es die von vielen Bürgerinnen und Bürgern positiv wahrgenommenen kulturellen Dinge in der Stadt Löhne wie etwa die Musik- und Kunstschule, die diversen Kulturveranstaltungen der Stadt, der Vereine und Gruppierungen, die Versammlungs- und Veranstaltungsorte wie die Werretalhalle, die Ulenburg, das Heimathaus, die Aqua-Magica, die Kirchen, die Stadtteilzentren, die Bücherei, Schulen usw.

Hier wird qualitativ Hochwertiges geboten und das ist gut für viele Menschen und für unsere Stadt – findet dort doch etwas Gemeinsames oder gemeinsam Erlebtes statt, das uns wohltuend vom Alltagsallerlei ablenkt und das eine Stadt lebenswert und erlebenswert macht.

Dass dieses alles nicht zum Nulltarif, auch finanziell betrachtet, zu bekommen und zu erhalten ist, sollte uns allen klar sein. Deshalb ist die SPD-Fraktion auch dafür, alle sich bietenden Möglichkeiten, angefangen von städtischen Finanzmitteln, über öffentliche Zuschüsse bis zu privatem Engagement, hierfür auszuschöpfen.

Dass wir über die Wege dazu unterschiedliche Meinungen und Positionen haben, ist normal. Jedoch halte ich es für unverzichtbar, sich damit auch kultiviert auseinanderzusetzen.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass das Verhalten von Menschen, von denen man gemeinhin annimmt, dass ihr Verhalten von Eigenschaften wie kultiviert, gebildet, niveauvoll usw. geprägt ist und sie so Vorbild sein können für uns und unsere Kinder, uns hier doch herb enttäuscht.

Da muss ich ausdrücklich das politische Oberhaupt unserer Stadt mit einbeziehen. Wer diesen, sich selbst als Profi bezeichnenden, Bürgermeister in seiner Amtsführung sprich Versammlungsleiter von Ratssitzungen und Ausschüssen erlebt, kann nur verwundert den Kopf schütteln und sich die Augen reiben.

Vergeblich sucht man häufig die erwarteten positiven Eigenschaften eines Profis wie kultiviertes, differenziertes, achtendes, urteilssicheres, vermittelndes und souveränes Verhalten. Hier wünsche ich mir für alle politisch und kulturell interessierten Menschen in Löhne künftig einen kultivierteren Umgang miteinander. Zum Anfangen ist es nie zu spät.

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Dienstag 03. Februar 2009

„Belastung nicht mehr hinnehmbar“ SPD fordert schnellen Anschluss für Gewerbegebiet

Löhne (nw). Die SPD-Ratsfraktion hat sich in ihrer letzten Fraktionssitzung zum Haushalt 2009 auch mit dem Anschluss des Gewerbegebietes Hellweg/Scheidkamp an die B 61 befasst. „Diese Straßenplanung ist zum einen für die weitere Entwicklung des Gewerbegebietes von elementarer Bedeutung. Ansiedlungswillige Betriebe verweisen auf die unzureichende Anbindung und die vorhandenen Gewerbebetriebe warten schon viel zu lange auf eine direkte Anschlussmöglichkeit“, erklärte Fraktionschef Wolfgang Böhm. Zum anderen sei der gewerbliche Schwerlastverkehr eine nicht mehr hinnehmbare Belastung für die Bewohner und Geschäftsleute im Ortskern von Gohfeld. Die SPD machte sich vor Ort einen Eindruck von der Lage.

„Aus diesen Gründen hat die SPD in Löhne den Anschluss des Gewerbegebietes an die B 61 in ihr Wahl- und Zukunftsprogramm aufgenommen und fordert eine zeitnahe Verwirklichung dieser wichtigen städtebaulichen Planung“, so Böhm weiter. Für die abschließende Planung des Straßenanschlusses seien im Haushaltsplanentwurf 2009 Haushaltsmittel eingestellt worden. Die Planungsarbeiten müssten unbedingt zügig zum Abschluss gebracht werden, ebenso die offenbar noch nicht zu Ende gebrachten Grunderwerbsverhandlungen. „Hier ist Eile geboten.“

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Montag 02. Februar 2009

Held nimmt letzte Hürde souverän

SPD-Wahlkonferenz kürt ihn offiziell zum Kandidaten / Schewe nennt Quernheim „produktivsten Schuldenmacher“

Löhne (nw/trau). Mit einer politischen Generalabrechnung hat die SPD das Wahlkampfjahr 2009 endgültig eröffnet. Der Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe kritisierte bei der Delegierten- und Wahlkonferenz harsch die anderen Parteien im Rat, allen voran die LBA, CDU und Bürgermeister Kurt Quernheim. Der Bürgermeisterkandidat der Sozialdemokraten, Heinz-Dieter Held, schwor die Delegierten auf seinen Kurs zur Kommunalwahl ein.

Formell war die Versammlung die Kandidatenkür. Neben der offiziellen Bestätigung für Held als Bewerber im Amt um das Bürgermeisteramt (57 der 58 Anwesenden stimmten für ihn bei einer Enthaltung) ging es um die Kandidaten für die einzelnen Wahlbezirke in Löhne.

Überraschungen blieben aus, die Liste passierte die Konferenz ohne Probleme. Für Wahlkreis 1 kandidiert der Fraktionschef Wolfgang Böhm. Außerdem in Mennighüffen – 2: Monika Finke, 3: Karl-Heinz Bernsmeier, 4: Werner Kubin, 5: Manfred Beinke; in Gohfeld – 6: Maik Nowack, 7: Stephan Klute, 8: Dieter Schneider, 9: Gerd Krahe, 10: Volker Kollin, 11: Friedel Böhse; in Löhne-Bahnhof – 12: Burkhard Schröder, 13: Angela Lück, 14: Brigitte Förster, 15: Ralf Jaworski; in Löhne-Ort – 16: Heinz Dahlmeier, 17: Bernhard Bentrup, 18: Martin Lorenz, 19: Edeltraud Ramöller; in Obernbeck – 20: Egon Schewe, 21: Günter Willig, 22: Andreas Franke.



Ohne Gegenstimme: Heinz-Dieter Held genießt das volle Vertrauen der Löhner SPD für die Wahl 2009. FOTO: NW

Egon Schewe kritisierte die Entscheidung der CDU/FDP-Landesregierung, die Amtszeit der Bürgermeister auf sechs Jahre auszudehnen. Dies sei ein fragwürdiger Personenkult. Auch die Abschaffung der Stichwahl sei schlecht. „Da kann einer Bürgermeister werden mit 30 Prozent der Stimmen. Das heißt 70 Prozent wären gegen ihn“, so Schewe.

Der Löhner CDU warf er vor, naive Sparappelle abzugeben, doch keine wahre Programmatik zu besitzen. Auch habe die Partei die Chance auf eine fähige Kandidatin vertan. Teile der CDU hatten Ricarda Hoffmann ins Rennen um das Bürgermeisteramt schicken wollen, ehe dann doch die Entscheidung für Kurt Quernheim fiel. Letzteren nannte der Sozialdemokrat den „produktivsten Schuldenmacher Löhnes“. In seiner Amtszeit habe sich die Summe um 8,2 Millionen Euro erhöht. „So schnell war noch kein Bürgermeister hier.“ Der LBA warf Schewe vor, gegen Ausländer, Muslime, Linke und Städtepartnerschaften Ablehnung zu schüren. Dies sei gefährlicher Nährboden.

Für die SPD hielt er fest, dass die Partei sich inzwischen in ihrer Rolle als Oppositionspartei etabliert habe. Doch wolle sie eine deutliche Mehrheit im Rat zurückerlangen.

Heinz-Dieter Held stellte das Wahlprogramm vor. Man müsse glaubhaft erscheinen und wolle sich für sieben Attribute in Löhne stark machen: Sozial, familienfreundlich, zukunftsorientiert, lebenswert, ökologisch, wirtschaftlich und vernünftig. Es sei wichtig, tragfähige Brücken in die Zukunft zu bauen,

© 2009 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 14. Januar 2009



DER GASTKOMMENTAR

Diskussion um Jugendraum für den SV Löhne-Obernbeck Alle Fakten auf den Tisch legen

WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER

Das Jahr 2009 hat begonnen, im Rathaus wird es auch langsam bemerkt. 2009 – 40 Jahre Stadt Löhne! Die Vereine haben es verarbeitet und geplant, die Presse berichtet eifrig und kompetent. Und langsam kommt auch der Bürgermeister in Richtung Jubiläumsplanung in Aktion. Für ihn scheint das Jahr 2009 recht überraschend zu kommen.

Ansonsten sind die Probleme nach wie vor die gleichen. Die Probleme werden verwaltet, Beispiel Sport- und Brückenhaus. Da ja der Bürgermeister immerhin in seiner Doppelfunktion als Verwaltungschef und Vorsitzender des SV Löhne-Obernbeck großes Interesse an einer klaren Linie haben sollte, was es nun mit den Abläufen um den Verkauf der Immobilie mit Jugendraum auf sich hat, stellt man genau das Gegenteil fest.

Nach hehren Worten auf Nachfrage der SPD-Fraktion im Sportausschuss, wer, wo und wie denn nun eine Immobilie mit Jugendraum an den Mann gebracht hat, wer den Auftrag vergab, wo der Rat als Entscheidungsgremium beteiligt war, waren die Informationen mehr als dürftig.

Auf Antrag der SPD sollten die mündlichen Erklärungen der Verwaltung schriftlich dem Protokoll beigefügt werden, Fehlanzeige. Da muss wohl etwas sein!

Immerhin, die Stimmen aus dem Sportverein mehren sich, was denn wohl da passiert ist. Ein Jugendraum dort wird nicht benötigt, an anderer Stelle muss er aber neu gebaut werden. Das verstehe, wer will. Das geht offensichtlich auch immer mehr Mitgliedern so.

Grundsätzlich ist es auch Linie der SPD, Immobilien, die nicht mehr benötigt werden, dem Markt zuzuführen. Doch das Ergebnis muss passen, niemand darf Schaden nehmen und die Entscheidungsträger müssen über die Angelegenheit von der zuständigen Stelle umfassend informiert sein, um die gesamte Tragweite erkennen zu können.

So entsteht das Gefühl der „Entscheidung im Hinterzimmer“. Die SPD fordert, dass alle auf den Tisch gelegt werden. Selbst wenn Fehler gemacht worden sind, ist der Weg nach vorn immer richtig. Genau das ist profihaft! Und genau das nutzt den Menschen in dieser Stadt, für die die Verwaltung bezahlt wird und für die die Politiker gewählt wurden.